

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004304/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Damien Carême (The Left), Mélissa Camara (Verts/ALE), Nela Riehl (Verts/ALE), Marco Tarquinio (S&D), Birgit Sippel (S&D), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Sandro Ruotolo (S&D), Rudi Kennes (The Left), Marc Angel (S&D), Tomáš Zdechovský (PPE), Krzysztof Śmiszek (S&D), Catarina Martins (The Left), Rima Hassan (The Left)

Betrifft: Ungarisches „Gesetz zum Schutz der lokalen Identität“ und systemische Diskriminierung aus Gründen der Rasse

Das ungarische Gesetz zum Schutz der lokalen Identität, das am 1. Juli 2025 in Kraft getreten ist, räumt kommunalen Behörden die Befugnis ein, unter dem Vorwand des Schutzes der „lokalen Selbstidentität“ darüber zu entscheiden, wer sich unter welchen Bedingungen an einem Ort niederlassen darf. Seit seiner Annahme haben zahlreiche Gemeinden Verordnungen erlassen, mit denen willkürliche Anforderungen als Voraussetzungen für die Wohnsitznahme vorgeschrieben wurden, beispielsweise ein Sekundarschulabschluss, Kenntnisse der ungarischen Sprache, ein Beschäftigungsnachweis oder die Zahlung von Niederlassungsbeiträgen als Voraussetzungen für die Wohnsitznahme.

Von den negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen dürften Roma-Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betroffen sein. Es besteht die Gefahr, dass Rassentrennung im Wohnungswesen institutionalisiert wird. Rechtsexperten, Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaftler haben gewarnt, dass dieses Gesetz gegen Unionsrecht verstößt, den Zielen des Strategischen Rahmens der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma, den Schlussfolgerungen des Rates zu Maßnahmen zur Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs für Roma zu angemessenem und nicht segregiertem Wohnraum aus dem Jahr 2023 sowie dem Rechtsrahmen des Europarates und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zuwiderläuft¹.

1. Ist die Kommission der Auffassung, dass dieses Gesetz und die entsprechenden kommunalen Verordnungen mit dem Unionsrecht vereinbar sind?
2. Welche konkreten Schritte gedenkt die Kommission zu unternehmen, um gegen diese systemische Diskriminierung vorzugehen und erforderlichenfalls ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten?

Eingang: 3.11.2025

¹ <https://www.errc.org/news/apartheid-by-stealth-errc-condemns-hungarian-law-on-the-protection-of-local-identity-as-discriminatory>